

Brexit und der Durchschnitt

VON BJÖRN UND SÖREN CHRISTENSEN

Momentan sind die Medien ja regelmäßig voll mit Meldungen zu den möglichen Folgen des Brexits. Insbesondere muss geklärt werden, wie nach dem Austritt Großbritanniens mit dem deutlich kleinere EU-Haushalt umgegangen werden soll. Ein mathematischer Aspekt spielt dabei eine wichtige Rolle, wurde aber – außer durch das Bauernblatt aus Schleswig-Holstein – bisher kaum beachtet.

Konkret geht es um die Auswirkungen des Brexits auf das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt (BIP) innerhalb der EU. Großbritannien weist bisher ein überdurchschnittliches BIP pro Einwohner auf, sodass nach einem Austritt der Durchschnitt in der EU sinken wird. Einige Regionen in Deutschland, die bisher unter dem Durchschnitt lagen und daher Förderungen aus EU-Töpfen erhielten, werden zukünftig über dem Durchschnitt liegen und darauf mindestens teilweise verzichten müssen – und das, obwohl dort die Wertschöpfung nicht zugenommen hat.

EINE VERGLEICHBARE SITUATION lag auch bei der Erweiterung der EU durch den Beitritt osteuropäischer Länder vor, die ebenfalls zu einem Absinken des durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukts führte. Damals waren die Auswirkungen vom Ausmaß her aber noch deutlich ausgeprägter, so dass man – mindestens zum Teil – Übergangsregelungen gefunden hat, die betroffenen Regionen noch weitere Jahre vergleichbare Förderregeln wie vor der Erweiterung der EU zusicherten.

Es bleibt zu hoffen, dass im Zuge des Brexits ebenfalls entsprechende Übergangsregelungen gefunden werden, damit insbesondere strukturschwächere Regionen in Deutschland nicht auch auf diesem Wege negative Folgen der Abspaltung zu spüren bekommen. ●

